

## **Schutz des Welterbes im Konflikt um die Waldschlösschenbrücke in den Vordergrund stellen**

### **Bundestagsdebatte am 2. März 2007**

– Drucksache 16/4411 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Es ist vereinbart, die heutige Tagesordnung um die Beratung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 16/4460 zu dem Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/2499 mit dem Titel „Bundespolitik soll im Streit um die Waldschlösschenbrücke vermitteln“ zu erweitern und diese als Zusatzpunkt 16 in Verbindung mit diesem Tagesordnungspunkt zu beraten. – Damit sind Sie offensichtlich einverstanden. Dann ist das so beschlossen, und ich rufe zugleich diesen Zusatzpunkt 16 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

### **Bundespolitik soll im Streit um die Waldschlösschenbrücke vermitteln**

– Drucksachen 16/2499, 16/4460 –

Berichterstattung:

Abgeordnete

Dr. h. c.

Christoph

Dr. Lukrezia

Katrin Göring-Eckardt

Maria  
Wolfgang

Michalk  
Thierse  
Waitz  
Jochimsen

Zwischen den Fraktionen ist verabredet worden, eine halbe Stunde zu debattieren. Als Erster gebe ich das Wort der Kollegin Lukrezia Jochimsen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 32 Orte gibt es in Deutschland, die die UNESCO in den Rang von Welterbestätten erhoben hat, darunter Dome und Kirchen, Schlösser und Parks, ganze Altstädte, Bergwerke, Flusstäler, auch das Bauhaus in Dessau. Es gibt weitere zwölf Bewerber für diese globale Ehre, darunter das Wattenmeer, das Bayreuther Opernhaus und die Franckeschen Stiftungen in Halle. Das heißt, mehr als 40 komplexe und komplizierte Findungs- und Entscheidungsprozesse haben seit 30 Jahren stattgefunden bzw. finden statt. Da ist es eigentlich eher ein Wunder, dass es bisher nur einen schweren und andauernden Konfliktfall gibt: Dresden, dessen Elbfront mit Zwinger, Oper, Schloss und Frauenkirche 2004 in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen wurde. Wegen des Baus einer Straßenbrücke über die Elbe droht der Stadt nun die Aberkennung dieses Titels.

Die Linksfraktion hat bereits im September vergangenen Jahres beantragt, dass sich die Bundesregierung vermittelnd einschaltet.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Kommunales Thema!)

Denn es geht bei diesem Konflikt aus unserer Sicht nicht nur um eine Dresdener Lokalangelegenheit und auch nicht nur um eine Sache Sachsens.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat sich inzwischen eingeschaltet, und auch der Ausschuss hat sich mit diesem Thema befasst. Denn es steht viel auf dem Spiel: unsere nationale Vertragstreue bei völkerrechtlichen Verpflichtungen, unsere internationale Glaubwürdigkeit im Bereich des Denkmalschutzes und unsere Fürsorgepflicht gegenüber den Kulturstätten Deutschlands, die sich zurzeit und in Zukunft um den Titel „Welterbe“ bei der UNESCO bewerben.

Deshalb hat unsere Fraktion einen aktualisierten Antrag eingebracht, der den Expertenvorschlag des **Mediationsverfahrens** aufnimmt, im Rahmen einer moderierten Perspektivenwerkstatt eine Lösung zu finden. Dafür müsste sich jetzt die Bundesregierung einsetzen. In diese Richtung geht auch die Erklärung der SPD-Fraktion; sie deckt sich mit unserem heutigen Antrag. Umso unverständlicher

ist mir, dass die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien lautet, unseren Antrag abzulehnen.

Wir wissen, dass der Streit zurzeit noch beim Oberverwaltungsgericht Bautzen anhängig ist. Ursprünglich wurde mit einer Entscheidung vor dieser Plenardebatte gerechnet. Aus Respekt vor dem laufenden Rechtsverfahren wollen wir heute keine dezidierte Stellungnahme in der Sache vornehmen. Aber wir wollen uns mit den Konsequenzen befassen, die aus dem Konfliktfall zu ziehen sind, ganz unabhängig davon, wie das **Gerichtsurteil** ausfällt und der Streit sich fortsetzen wird. Wir sind überzeugt, dass die Bundesregierung sich an den Entscheidungsprozessen betreffend Welterbestätten in Deutschland in Zukunft von Anfang an beteiligen sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie wäre die Einrichtung eines Referats beim Staatsminister für Kultur und Medien – er ist leider nicht da –,

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Er ist auf einer Beerdigung!)

welches im Fall von Konflikten rechtzeitig Vermittlung anbieten kann, ein Mediator für alle Fälle, eine Art Clearingstelle? Denn eines ist absehbar: In Zukunft wird es eher mehr als weniger Konflikte um die Anerkennung des Welterbetitels geben. Einzigartigkeit und Authentizität verlangt die UNESCO. Doch diese beiden Kriterien sind in einem modernen, auf Wachstum und Veränderung setzenden Land oft schwer miteinander zu vereinbaren. Das gilt auch und gerade dann, wenn man Kulturschätze bewahren und herausstellen möchte.

In diesem Sinne lautet unser Vorschlag, aus dem Streit um die Waldschlösschenbrücke in Dresden zu lernen. Die Bundesregierung muss in diesem Fall vermitteln und – in geeigneter Form – bei allen zukünftigen Bewerbungen umso mehr.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt hat Arnold Vaatz das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Arnold Vaatz (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Jochimsen, wie wir mit den Konsequenzen des noch ausstehenden Bautzen-Urteils umgehen, sollten wir nicht heute entscheiden, sondern dann, wenn das Urteil gesprochen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich habe Ihrem Antrag entnommen, dass Sie die Einrichtung einer „moderierten Perspektivenwerkstatt“ fordern. Darauf möchte ich eingehen.

Was das Verfahren angeht, ist festzuhalten, dass Ihr erster Antrag zur Waldschlösschenbrücke abgelehnt wurde. Jetzt haben Sie einfach einen nahezu gleich lautenden zweiten Antrag eingebracht. Sie können sich doch ausrechnen, dass auch dieser Antrag keine Mehrheit finden wird, wenn Sie keine inhaltlichen Änderungen vorgenommen haben.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Wir hoffen, dass sich bei Ihnen mal etwas ändert!)

Wer eine solche Auffassung von Seriosität hat, zeigt, dass er das Parlament offenbar genauso wenig ernst nimmt, wie Sie in Dresden den Bürgerwillen ernst nehmen wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das ist eine unglaubliche Unterstellung!)

Sie versuchen offensichtlich, ein laufendes Gerichtsverfahren zu beeinflussen. In der Sache hat nicht der Deutsche Bundestag zu entscheiden, sondern – das wissen Sie auch – das Oberverwaltungsgericht Bautzen. Sie sollten aufhören, den Wählern Zuständigkeiten vorzutäuschen, die Sie nicht haben.

(Beifall des Abg. Jan Mücke [FDP])

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Katja Kipping zulassen, Herr Vaatz?

**Arnold Vaatz (CDU/CSU):**

Nein. – Das vom Obergerverwaltungsgericht Bautzen ermöglichte Mediationsverfahren ist gescheitert. Das war – darauf haben der Kollege Mücke und ich übrigens schon während der Anhörung im Kulturausschuss hingewiesen – auch nicht anders zu erwarten. Ich behaupte sogar, es war von Ihnen eingeplant.

Genauso falsch ist die gelegentlich vorgetragene Behauptung, der Bau der Waldschlösschenbrücke bedeute einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Was das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt angeht, existiert kein Gesetz, das seine Transformation in deutsches Recht vorschreibt. Damit bindet es weder die Bundesrepublik Deutschland noch den Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden. Es kann nicht einmal gegen einen Bürgerentscheid abgewogen werden.

Ferner ist das UNESCO-Welterbekomitee nicht zu verbindlichen Entscheidungen gegenüber Vertragsstaaten oder einzelnen Kommunen berechtigt. Das ist die nüchterne **Rechtslage**. Wenn Sie das nicht glauben, dann bitte ich Sie, die Urteilsverkündung abzuwarten. Dann wissen Sie das auch.

Dresden hat – das haben Sie bisher immer verschwiegen – den Antrag zur Aufnahme in die Weltkulturerbeliste mit einem gültigen Stadtratsbeschluss zum Bau der Brücke gestellt und den Zuschlag erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Mit der Brücke!)

Die UNESCO kannte die Pläne zum Bau der Waldschlösschenbrücke bis ins Detail.

(Jan Mücke [FDP]: Das ist auch richtig!)

Drei **Gutachter** des von der UNESCO beauftragten Gremiums, von ICOMOS, haben sich vor Ort von dem Bauvorhaben informieren können. Diese Gutachter haben nicht einmal ansatzweise ein Problem darin gesehen, dass das Dresdener Elbtal auch mit der Waldschlösschenbrücke zum Welterbe erklärt wird. Sie haben keinen Bedarf für zusätzliche Prüfungen gesehen, sondern im Gegenteil die Einbettung der Brücke in die Landschaft mit der Feststellung gelobt, sie sei ausreichend schlank und niedrig, um eine massive Wirkung in der Landschaft zu vermeiden. Das war die Einschätzung der UNESCO-Gutachter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Nun hat auf massiven Druck der im Plebiszit Unterlegenen die UNESCO-Führung in Berlin bei der Universität in Aachen ein Gefälligkeitsgutachten in Auftrag gegeben, das später acht Professoren der TU Dresden unter die Lupe genommen haben, die eine ganze Reihe von handwerklichen Fehlern bis hin zu fatalen Zeugnissen von Unkenntnis der Ortslage entdeckt haben. Dieses Gutachten der Universität Aachen ist die Grundlage für den Beschluss von Vilnius, Dresden auf die Rote Liste zu setzen. Ich sage Ihnen voraus: Wenn die UNESCO diese Praxis fortsetzt, dann verliert nicht die Stadt Dresden an Autorität, sondern das für uns sehr wichtige Gremium der UNESCO.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Brückenbau wurde in einem ordentlichen **Bürgerentscheid** mit Zweidrittelmehrheit beschlossen. Die Wahlbeteiligung bei diesem Plebiszit war höher als bei der vorangegangenen Kommunalwahl, Frau Jochimsen. Die klare Entscheidung für die Brücke ist nicht aus Lust an Eingriffen in das Stadtbild oder aus Zerstörungswut der Dresdner erfolgt, sondern deshalb, weil der Verzicht auf die Brücke verheerende verkehrliche, wirtschaftliche und stadtentwicklungsgefährdende Folgen hätte; das ist die Realität.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Alle diese Betrachtungen haben in Ihren Erwägungen bislang keine Rolle gespielt.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Nur der Vollständigkeit halber: Ohne diese Brücke verläuft die **Verkehrsführung** in der Stadt Dresden auf Jahre hinaus hufeisenförmig, weil die benachbarte Flussseite nur durch eine entfernte Brücke erreicht werden kann. Die zusätzlichen Verkehrswege, die zusätzliche Verschmutzung, die zusätzlichen Wartezeiten, den zusätzlichen Aufwand und die zusätzliche Entwertung von Grundstücken, alles das werden Sie verursachen, wenn Sie sich durchsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wer von einem möglichen Kompromiss in dieser Frage redet, der spekuliert auf die Unkenntnis der Sachlage beim Publikum und hat die wahre Absicht, den Bau der Brücke zu vereiteln. Das Scheitern

des **Mediationsverfahrens** bestätigt das. Jedes andere Verfahren, ob Sie es nun moderierte Perspektivenwerkstatt oder perspektivische Moderationswerkstatt – oder welche andere verbale Flucht in die Infantilität Ihnen auch immer einfällt – nennen, ist nichts anderes als der Versuch, die Entscheidung so lange hinauszuzögern, bis die Bindekraft des Volksentscheides kraft Gesetzes erlischt. Das ist das eigentliche Ziel, das Sie verfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das ist eine Unterstellung!)

Die Bürger der Stadt Dresden erwarten aber von der Politik, dass ihnen erlaubt wird, das umzusetzen, was sie rechtens entschieden haben. Danach bemisst sich unter anderem ihr Vertrauen in die Demokratie,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

nämlich danach, ob der Unterlegene in der Lage ist, eine Niederlage zu akzeptieren oder nicht. Das sind Sie nicht.

Wie immer die Angelegenheit ausgeht, ich bin der festen Überzeugung, dass es Ihnen misslingen wird, politisches Kapital aus der möglichen Vereitlung der Brücke zu schlagen, und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Die Menschen werden über Jahre hin merken, was Sie ihnen eingebrockt haben.

Zweitens. Die Stadt Dresden war 1945 ein Trümmerhaufen. Über 25 000 Tote wurden damals

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Was ist denn das für ein Vergleich? Jetzt hören Sie einmal auf, Herr Kollege!)

– ich habe die Bitte, dass Sie das einmal zur Kenntnis nehmen –

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

auf Eisenbahnschienen auf dem Altmarkt verbrannt.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie missbrauchen das Leid der Menschen für Ihre Argumentation!)

– Lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden! – Die Menschen waren mental und materiell so schwer getroffen, wie man es sich nicht schlimmer vorstellen kann. Nun haben die Dresdner die **Zeit nach 1945** genutzt, um ihre Stadt wiederaufzubauen. Das ist eine einzigartige Leistung. Zu diesem Schluss kommt man, wenn man die Ausgangsposition betrachtet, an deren Beschreibung Sie mich hindern wollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Diese Leistung, auf die die Dresdner berechtigterweise stolz sind, zumal seit die Frauenkirche wieder steht, ist nahezu einzigartig in der Welt; denn das Ganze wurde nicht ausschließlich öffentlich finanziert, sondern zum Teil privat, falls Ihnen das entgangen sein sollte. Ich glaube nicht, dass die Dresdner, die das alles ohne die Fürsorge, das Geld und die Ratschläge der UNESCO geschafft haben, es akzeptieren werden, dass die UNESCO – so scheint es –, nachdem alles fertig ist, sich quasi in das gemachte Nest setzt und beginnt, die Bürger vor sich selber zu schützen.

Das werden die Dresdner niemals akzeptieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen: Auch etliche Personen von der Minderheit, an die Sie appellieren, denken in dieser Frage genauso. Bedenken Sie, was Sie anrichten, wenn Sie weiter in dieser Art argumentieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich gebe jetzt Katja Kipping das Wort zu einer Kurz-intervention.

**Katja Kipping (DIE LINKE):**

Herr Vaatz, es geht heute nicht um die verkehrliche Wirkung der Brücke, wobei ich glaube, dass Sie einem fatalen Irrtum unterliegen; denn die Brücke wird die Stadt nicht entlasten, sondern vor allem Durchgangsverkehr nach Dresden bringen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil Sie der Linken unterstellt haben, sie missachte den Bürgerwillen. Diese perfide Unterstellung darf nicht unwidersprochen bleiben.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Etwas locker bleiben in der Wortwahl!)

Die Linke hat – das wissen Sie sehr genau – nach dem Bürgerentscheid gesagt, sie habe bis zuletzt für ein anderes Votum gekämpft, aber jetzt akzeptiere sie diesen Bürgerentscheid.

(Jan Mücke [FDP]: Dann müssen Sie den Antrag zurückziehen!)

Wir müssen jedoch auch zur Kenntnis nehmen, Herr Vaatz, dass inzwischen ein neuer Tatbestand eingetreten ist. Eine Vielzahl von Leuten, die beim Bürgerentscheid für die Brücke gestimmt haben, hat gesagt, dass sie die Brücke nicht zu dem Preis wollten, dass das Dresdner Elbtal den Titel „Weltkulturerbe“ verliert. Weil Sie, Herr Vaatz, sich so abfällig über die Anträge der Linken geäußert haben,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Zu Recht!)

will ich darauf hinweisen, dass wir die Ersten waren, die die bundespolitische Bedeutung dieses Themas erkannt und den Brückenbau thematisiert haben. Wenn es nach der CDU gegangen wäre, dann hätte sich die Bundespolitik nicht damit beschäftigt, es hätte keinerlei Moderation gegeben, und Sie hätten leichtfertig den Titel „Weltkulturerbe“ für Dresden aufs Spiel gesetzt, was für eine Stadt wie Dresden, die sehr stark auf Tourismus angewiesen ist, auch wirtschaftspolitisch ein extremes Problem darstellt.

(Beifall bei der LINKEN – Jan Mücke [FDP]: Setzen, fünf!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Vaatz.

**Arnold Vaatz (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Kipping, dass bei Ihnen die politische Ankündigung mit dem Handeln oder auch Wort und Tat nicht übereinstimmen, haben Sie nicht erst bei dieser Gelegenheit bewiesen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn Sie im Stadtrat so reden und politisch anders handeln, dann spricht das nicht unbedingt dafür, dass Sie tatsächlich bereit sind, demokratische Entscheidungen zu akzeptieren.

Was Sie zu der Verkehrsführung gesagt haben, halte ich für kompletten Unsinn, wenn ich das einmal so sagen darf. Das sieht im Übrigen jeder, der den Stadtplan betrachtet. Was Sie weiterhin über die Notwendigkeit des Titels „Weltkulturerbe“ gesagt haben, bestreiten die Tourismusverbände kategorisch. Sie sind an einem Verkehrsfluss in dieser Region von Dresden weitaus interessierter als an dem Titel „Weltkulturerbe“.

Sie hatten noch etwas über die Zustimmung der Bevölkerung gesagt. Da verweise ich Sie auf die „DNN“ von voriger Woche. Dort wird genau das Gegenteil von dem belegt, was Sie gerade behauptet haben. Im Übrigen zählt ein gültiger Volksentscheid. Es zählt niemals irgendeine Umfrage, wie immer sie ausfällt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Monika Griefahn [SPD]: Es zählt auch das Völkerrecht, Herr Vaatz!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt gebe ich das Wort Jan Mücke für die FDP.

(Beifall bei der FDP)

**Jan Mücke (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte am Anfang mit einem Irrtum aufräumen, dem die Kollegin Kipping hier erlegen ist. Sie ist davon ausgegangen, dass die Dresdnerinnen und Dresdner beim Bürgerentscheid nicht darüber informiert gewesen sind, dass es sich beim Dresdner Elbtal um ein Weltkulturerbe handeln würde.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das ist doch Quatsch! Jetzt wird es immer billiger!)

Das ist falsch. Der Bürgerentscheid zur Waldschlösschenbrücke – das muss man hier noch einmal sagen – ist ein Musterbeispiel für direkte Demokratie und dafür, wie demokratische Prozesse richtig durchgeführt werden.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

Es hat zu diesem Bürgerentscheid ein Abstimmungsbuch gegeben, welches jeder Dresdner Haushalt in den Briefkasten bekommen hat. Auf acht Seiten konnten sowohl die Gegner als auch die Befürworter der Waldschlösschenbrücke ihre Position deutlich machen.

Ich darf Ihnen mit Genehmigung der Frau Präsidentin zitieren, was die Gegner der Waldschlösschenbrücke auf Seite 1 dieses Buches geschrieben haben:

Liebe Dresdnerinnen und Dresdner! ... Sie haben die Möglichkeit zu entscheiden: ... Vor allem aber werden Sie bestimmen, wie mit der einzigartigen Elbtallandschaft, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, umgegangen wird.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Frau Kipping, haben Sie das überlesen?)

Wir

– die Gegner –

meinen: Diese Brücke ist zu teuer. Sie löst die Verkehrsprobleme nicht. Sie schädigt die einmalige Elblandlandschaft.

Das haben die Gegner der Waldschlösschenbrücke in diesem **Abstimmungsbuch** geschrieben. In Kenntnis dieser Behauptung, die sie in diesem Abstimmungsbuch aufgestellt haben, in Kenntnis der Tatsache, dass es sich um etwas handelt, was zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, haben sich die Dresdnerinnen und Dresdner zu 68 Prozent für die Bau der Waldschlösschenbrücke entschieden, und in einer Demokratie hat zu gelten, was die Mehrheit des Volkes will.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Lesen Sie einmal die Kurzintervention von Frau Kipping im Protokoll nach, dann werden Sie feststellen, dass Sie sich das alles hätten sparen können!)

– Ich weiß, dass Sie das alles sehr aufregt. Ich weiß auch, dass die Linke mit Instrumenten direkter Demokratie immer dann kommt, wenn Sonntagsreden gehalten werden müssen,

(Dirk Niebel [FDP]: Demokratie regt die sowieso auf! Seit über 40 Jahren!)

aber nicht dann, wenn es um die tatsächliche Umsetzung von direkter Demokratie geht.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Dresdner ihre Meinung nicht geändert haben. Auch die veränderte Medienlandschaft hat daran nichts geändert. Die in der „DNN“ vom 22. Februar abgedruckte **Umfrage** zeigt ganz eindeutig,

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Ich denke, Umfragen sollen wir nicht zur Kenntnis nehmen!)

dass für den Bau der Waldschlösschenbrücke 58 Prozent sind – auch wenn es die Zugehörigkeit zum UNESCO-Weltkulturerbe kosten würde – und dass 25 Prozent dagegen sind. Ich kann Ihnen diese Umfrage gern zur Verfügung stellen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das tu mal lieber! – Dr. Martina Krogmann [CDU/CSU]: Ja, unbedingt zur Verfügung stellen!)

Sie stammt vom Institut für Kommunikationswissenschaften der Technischen Universität Dresden. Es ist also kein Gefälligkeitsgutachten.

Dass Sie mit direkter Demokratie ein Problem haben, haben wir schon mehrfach beobachten können. Es ist bedauerlich, dass Sie den demokratischen Willen der Dresdner mit Füßen treten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Mit Füßen getreten haben die Demokratie allerdings auch die Mediatoren.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Jawohl! Sehr richtig!)

Das muss man kritisch anmerken. Dieses **Mediationsverfahren** hat nicht dazu geführt, dass verschiedene Positionen zusammengeführt werden.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das war gar nicht beabsichtigt!)

Im Gegenteil: Die Mediatoren haben auf einer Maximalposition beharrt, indem sie gesagt haben: Waldschlösschenbrücke – auf gar keinen Fall. Auf diese Weise kann man Mediation nicht betreiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Die Mediatoren stammen aber nicht aus der Linken! Das wollen wir mal festhalten!)

– Ja, Sie sind ja auch nicht für alles verantwortlich. Aber ich bin mir ziemlich sicher: Wenn Sie die Mediatoren gestellt hätten, dann wäre das Ergebnis ähnlich katastrophal ausgefallen.

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Haben wir nicht!)

Mir ist völlig unverständlich, warum die Mediatoren einen bestimmten Weg nicht gegangen sind, den ich eigentlich für einen akzeptablen Kompromiss gehalten habe. Es ist ja ganz häufig so, dass Verkehrsprojekte Probleme in landschaftlicher oder in anderer Hinsicht hervorrufen. Daher haben wir, der Gesetzgeber, die Möglichkeit geschaffen, Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen. Ich verstehe nicht, warum die Mediatoren diese Chance nicht genutzt haben. So hätte die Wertschätzung für dieses Weltkulturerbe, die selbstverständlich vorhanden ist, zum Ausdruck gebracht werden können. Ich will Ihnen zwei konkrete Beispiele nennen.

Es gibt im Gebiet dieses Weltkulturerbes zwei Schlösser, die dringend sanierungsbedürftig sind: Das eine ist die Villa Stockhausen, und das zweite ist das Schloss Übigau. Beide Häuser sind ruinös; beide müssen saniert werden. Die Sanierung beider Villen mit öffentlichen Mitteln wäre ein idealer Anlass gewesen, um auch der UNESCO zu zeigen: Wir nehmen diesen Titel ernst; aber wir können am Bürgervotum nicht vorbei. Wir werden und wir wollen diese Brücke bauen; aber wir werden an anderer Stelle einen Ausgleich für diesen Eingriff in das Weltkulturerbe schaffen. – Das wäre aus meiner Sicht und aus der Sicht der FDP-Fraktion ein akzeptabler Kompromiss gewesen.

Stattdessen haben die Mediatoren auf Maximalpositionen beharrt, und wer auf Maximalpositionen beharrt, der wird am Ende eine Entscheidung vor Gericht nicht vermeiden können. Wir werden sehen, wie das Oberverwaltungsgericht in der nächsten Woche entscheiden wird. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die dritte Gewalt des Staates den Willen des Volkes akzeptiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Mücke, möchten Sie eine Nachfrage der Kollegin Kurth zulassen, die eigentlich eine Zwischenfrage sein sollte?

**Jan Mücke (FDP):**

Bitte schön.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Bitte schön.

**Undine Kurth (Quedlinburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Mücke, Sie haben eben als Vorschlag für die Mediatorengruppe angegeben: Es hätten Ausgleichsmaßnahmen geprüft werden sollen. – Ich frage Sie, ob Ihnen bewusst ist, dass es hier nicht um eine Pflichtaufgabe geht, die die Sanierung denkmalgeschützter Gebäude, zum Beispiel Schlösser, betrifft – das wäre überhaupt nicht in Erwägung zu ziehen gewesen –, sondern darum, dass hier das Gesamtbild des Welterbes zerstört würde. Es ist völlig unerheblich, was da saniert ist oder nicht saniert ist. Ich frage Sie also: Ist Ihnen bewusst, dass Ausgleichsmaßnahmen zum Erhalt eines Gesamtbildes, das geschützt ist, nicht tauglich sind?

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Mangelnde Ortskenntnis, Frau Kollegin!)

**Jan Mücke (FDP):**

Das sehe ich, mit Verlaub, anders. Auch die Mediatoren haben sich bemüht, einen Kompromiss zu finden. Wir müssen einen Kompromiss finden, der wirklich beides vereint, der auf der einen Seite den Willen der Bürger umsetzt, die Brücke zu bauen, und auf der anderen Seite – –

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Was denn nun? Ich denke, die Mediatoren haben keinen Kompromiss gefunden!)

– Ich habe Ihnen lange zugehört, Frau Jochimsen. Ich weiß, dass Ihnen das schwerfällt,

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Es fällt mir nur schwer, pausenlos Widersprüche hinzunehmen!)

weil es für Sie unangenehm ist, dass Sie den Bürgerwillen mit Füßen treten. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie mich trotzdem einfach ausreden lassen würden.

(Zuruf von der FDP, zur LINKEN gewandt: Ich denke, ihr seid so basisdemokratisch!)

Es ging in dieser Frage darum, einen Kompromiss zu finden. Dabei sind die Mediatoren gnadenlos gescheitert. Wichtig wäre es gewesen, diesen Ausgleich zu finden. Das ist leider gescheitert.

Man muss eines sehen – das möchte noch kurz ergänzen –: Die **UNESCO-Welterbekonvention** hat einen ganz entscheidenden Fehler: Sie sieht für den Konfliktfall keinerlei Regelungen vor. Da ist die Bundesregierung gefordert, international aktiv zu werden mit dem Ziel, dass es dafür künftig Regeln gibt:

(Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Genau das haben wir heute beantragt!)

Wie findet eine Mediation statt? Sind alle Entscheidungen des Welterbekomitees eigentlich sakrosankt, oder müssen diese nicht möglicherweise auch überprüft werden können?

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Ja! Wie kann man sie anfechten?)

Das alles sind Fragen, die geklärt werden müssen. Solange dies nicht geschehen ist, ist für uns als FDP-Fraktion die Entscheidung ganz klar: Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dirk Niebel [FDP]: Ich bin gespannt, ob die Grünen das mit der Demokratie jetzt verstanden haben!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Jetzt erteile ich das Wort dem Kollegen Wolfgang Thierse für die SPD-Fraktion.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Bemerkung vorweg, Kollege Vaatz: Wir sollten der UNESCO nicht drohen, wie Sie das hier gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens. Ich finde es unangemessen, dass man das Leid der Dresdener von 1945 für eine Entscheidung instrumentalisiert, über die man streiten kann. Das finde ich hochproblematisch.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Ja! – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das hat er schon richtig gemacht!)

Im Übrigen: Es geht auch nicht so sehr um eine juristische Frage; dann wäre es relativ einfach. Es geht uns auch nicht darum, Kollege Vaatz, uns einen parteipolitischen Vorteil zu verschaffen, sondern es geht um einen beunruhigenden Konflikt. Die geplante Waldschlösschenbrücke durchschneidet und zerstört das unter dem besonderen Schutz des UNESCO-Titels „Weltkulturerbe“ stehende wunderschöne Elbtal.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das wusste die UNESCO vorher, Herr Kollege!)

– Moment einmal! Ich beschreibe doch nur den Konflikt. – Es geht um einen Konflikt einerseits zwischen einer Stadtverwaltung und vor allem einem Regierungspräsidium, die sich immerhin auf einen Bürgerentscheid berufen können – das ist gewiss von außerordentlichem Gewicht; selbstverständlich –, und andererseits dem Kulturstaat Bundesrepublik Deutschland, der als Vertragsstaat der UNESCO bestimmte Verpflichtungen eingegangen ist.

(Beifall des Abg. Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE])

Dieser Konflikt ist nicht allein eine städtische Angelegenheit. Deswegen ist es legitim, dass wir hier darüber reden. Es ist ein Konflikt, bei dem es durchaus um eine Frage von nationaler Tragweite geht. Dieser Konflikt ist nicht mit bornierter Sturheit zu lösen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Legen Sie die doch ab! – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Meinen Sie die UNESCO da-mit? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Wen meinen Sie denn? – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ross und Reiter nennen! Wer ist das? Wer ist gemeint?)

Das Oberverwaltungsgericht hat das gerichtliche Verfahren ausgesetzt und einen **Mediationsversuch** vorgeschlagen, genau deshalb, weil, wie die sehr weise Begründung lautet – ich

zitieren –, keine der streitenden Parteien durch eine gerichtliche Entscheidung zwischen Bürgerentscheid einerseits und völkerrechtlichem Abkommen andererseits letztlich gewinnen und ein Urteil keine befriedigende Wirkung haben wird. – Wahrlich eine weise Beurteilung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Blicken wir nach Köln! Dort existierte ein ähnlicher Konflikt. Es gab ein Mediationsverfahren. Die Stadtverwaltung und der Bürgermeister haben sich zu einem Kompromiss bereitgefunden. An dieser Stelle, Herr Kollege Mücke, eine kleine Bemerkung zum Stichwort „Ausgleichsmaßnahme“.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen, Herr Thierse!)

Wie fänden Sie das: Man baut eine Brücke, die den Blick auf den Kölner Dom verstellt, und an anderer Stelle wird ein barockes Schlösschen saniert. Das ist doch wohl kein sinnvoller Vorschlag. Ich glaube, Ausgleichsmaßnahmen dieser Art sind nicht sinnvoll.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Mediationsverfahren hat stattgefunden, die Stadtverwaltung Dresden und das Regierungspräsidium Sachsen haben sich aber, wie ich höre, nicht konstruktiv an diesem Vermittlungsversuch beteiligt

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Sie wurden überhaupt nicht eingeladen!)

Im Gegenteil: Sie haben sich eher obstruktiv verhalten. Das nenne ich durchaus skandalös.

(Jan Mücke [FDP]: Das ist nicht wahr!)

Im schriftlich niedergelegten Ergebnis zum Mediationsverfahren wird einheitlich festgestellt – ich zitiere –:

Die geplante Waldschlösschenbrücke respektiert die gewachsene Kulturlandschaft nicht. ... Die derzeitige Planung für die Waldschlösschenbrücke ist nicht durch Detailmaßnahmen verbesserbar.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das ist ein subjektives Fehlurteil!)

– Ja, das ist Ihre Meinung.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Ja, natürlich! Das ist meine Meinung! Das müssen Sie akzeptieren!)

Die Sachverständigen, die immerhin neutral sind, schlagen deshalb eine moderierte Perspektivenwerkstatt unter Beteiligung der Politik, der Verwaltung, von Vertretern der Stadtgemeinschaft, von Fachwissenschaftlern und der UNESCO vor, um in diesem Verfahren verbindliche Grundlagen und Rahmenbedingungen für eine neue Planung festzulegen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Thierse.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Wir unterstützen diesen Vorschlag aus einem einfachen Grund ausdrücklich.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Thierse, ohne Ihren Redefluss unterbrechen zu wollen: Der Kollege Börnsen würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Wollen Sie noch?

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):**

Ja.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Bitte schön.

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin, meine Frage bezieht sich auf einen Sachverhalt, der angesprochen wurde, als alle drei Personen im Präsidium ihre Köpfe noch gesenkt hatten und schwer beschäftigt waren.

Ich möchte den Kollegen Wolfgang Thierse Folgendes fragen: Es ist klar, dass uns bei einer solchen Thematik das Herz überläuft; das gilt für alle Beteiligten. Herr Kollege, Sie sprachen aber von „bornierter Sturheit“ der Befürworter der Brücke.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Genau so hat er es gesagt!)

Gleichzeitig wissen Sie, dass sich 68 Prozent der Dresdner für die Brücke ausgesprochen haben. Wen meinen Sie? Ich glaube, Sie selbst haben ein Interesse daran, dass in der politischen Kultur auch wirklich Ross und Reiter genannt werden, weil das im Umgang miteinander fairer ist.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Herr Kollege Börnsen, erstens halte ich im Vergleich zum Kollegen Vaatz eine vergleichsweise sachliche Rede.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das war schon wieder eine Unverschämtheit! – Jürgen Koppelin [FDP]: Na ja!)

Ich könnte auch polemischer sein.

(Beifall bei der SPD – Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Er war engagiert!)

Zweitens habe ich ziemlich genau gesagt, dass bornierte Sturheit nicht hilft.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Darf ich einmal fragen, wo ich unsachlich war? Können Sie mir das sagen? – Gegenruf der Abg. Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Lesen Sie die Rede einmal nach!)

– Herr Kollege Vaatz, wie Sie bemerkt haben, habe ich Ihnen absolut ruhig zugehört. Könnten Sie die parlamentarische Leistung aufbringen, auch mir ruhig zuzuhören?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich habe von „bornierter Sturheit“ gesprochen und meinte, dass man einen Konflikt nicht dadurch löst, dass man mit dem Kopf durch die Wand geht, egal, welche Seite dies tut. Ich habe keine einseitige Schuldzuweisung vorgenommen.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Natürlich! – Gegenruf der Abg. Iris Gleicke [SPD]: Nein, hat er nicht!)

Ich habe ausdrücklich gesagt, dass der Bürgerentscheid von außerordentlichem Gewicht ist; selbstverständlich.

Jetzt geht es aber darum, einen drohenden **Verlust des Welterbestatus** zu verhindern. Das würde weltweit erstmalig geschehen und der internationalen Glaubwürdigkeit Deutschlands im Bereich des Denkmalschutzes und im Hinblick auf seine Vertragstreue schaden. Darum geht es. Das ist das andere gewichtige Gut.

Zwischen dem Anspruch einer Mehrheit der Bürger, die über den Bürgerentscheid abgestimmt haben, und des Regierungspräsidiums auf der einen Seite sowie des Kulturstaates Deutschland, der Vertragspartner ist, auf der anderen Seite gibt es einen wirklichen Konflikt. Deswegen begrüßen wir ja diesen Vermittlungsversuch, damit wir aus diesem Dilemma einer Nichtentscheidung herauskommen.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Ich glaube – wenn ich es richtig sehe und richtig gehört habe –, dass die Stadt Dresden zu Kompromissen bereit ist.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, es gibt zwei Meldungen zu Zwischenfragen.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Das Problem sind aber das Regierungspräsidium und das Land Sachsen – im Grunde die sächsische CDU – sowie, wenn Sie so wollen, auch ein paar FDP-Politiker.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Jetzt wird es hier unsachlich, Herr Kollege!)

Es ist also nicht so, dass die Bundesregierung den Konflikt lösen kann. Es wäre aber schon ganz sinnvoll – –

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, es gibt noch zwei Wünsche, eine Zwischenfrage zu stellen, nämlich einmal vom Kollegen Beck und einmal vom Kollegen Mücke. Möchten Sie beide noch zulassen?

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Wenn sie meine Redezeit verlängern wollen, bitte.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Wegen Ihres Weges nach der Rede und damit Sie nicht den falschen Bogen machen, kündige ich Ihnen jetzt gleichzeitig aus gegebenem Anlass noch an, dass es auch noch den Wunsch von Herrn Vaatz gibt, das Wort zu einer Kurzintervention zu erhalten. – Jetzt ist der Kollege Beck an der Reihe.

**Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Thierse, Sie haben gerade betont, dass Sie uns Ihre Rede hier sachlich vortragen. Ich kenne ja Ihre sachliche Argumentation; wir haben sie gerade gehört. Zur Belebung der parlamentarischen Demokratie – das ist Gegenstand des nächsten Tagesordnungspunktes – würde ich, wenn Sie gestatten, jetzt gerne auch noch die polemische Version von Ihnen hören.

(Heiterkeit – Swen Schulz [Spandau] [SPD]: Wir auch!)

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Ich werde mich zurückhalten. – Ich habe eine klare Meinung. Ich kenne Dresden ganz gut und bin sehr oft dort. Ich glaube, dass die Brücke, wie sie jetzt an dieser Stelle und in diesen Ausmaßen geplant ist, das Obere Elbtal zerstört.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass es deshalb vernünftig ist, zu versuchen, eine andere Verkehrslösung mit einer kleineren, einer schmaleren Brücke an einer anderen Stelle zu finden. Es gibt dazu sehr seriöse Vorschläge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Mücke, bitte schön.

**Jan Mücke (FDP):**

Herr Kollege Thierse, Sie hatten eben vorgeschlagen, an einer anderen Stelle eine kleinere und besser in die Landschaft passende Brücke zu bauen. Wenige Sätze zuvor haben Sie gesagt, dass Sie den Bürgerentscheid selbstverständlich ernst nehmen und das Votum berücksichtigen wollen. Können Sie mir bitte erklären, wie diese beiden Aussagen zusammenpassen? Die Frage des Bürgerentscheids lautete – um es noch einmal zu referieren –: Sind Sie für den Bau der Waldschlösschenbrücke? Daneben gab es eine Zeichnung, auf der die Lage der Brücke exakt eingezeichnet war. Sehen Sie einen Widerspruch zwischen diesen beiden Aussagen? Wenn Sie keinen Widerspruch darin sehen, können Sie mir dann bitte sagen, wie Sie das Votum der Dresdener Bürger für den Bau der Waldschlösschenbrücke mit dem Bau an einer anderen Stelle vereinigen wollen?

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Herr Mücke, die ständige Berufung auf diesen Bürgerentscheid und die Forderung, auf keinen Fall etwas anderes zu tun, als dieser vorgibt, ist keine Lösung eines Konflikts. Jedenfalls ist das kein Kompromiss. Das ist eine Lösung, die zulasten des Kulturstaates Bundesrepublik Deutschland als Vertragspartner der UNESCO geht. Ich sage: Wir haben – möglicherweise gerade als Nichtdresdener – die Pflicht, eine **dritte Lösung** zu finden, die zwischen der einen und der anderen Variante liegt. Es braucht eine Lösung, die den Interessen der Dresdener und der Lösung der Verkehrsprobleme dienen kann, die jedoch auch berücksichtigt, dass wir vielleicht auch weiterhin Anträge auf Verleihung dieses Kulturerbetitels stellen wollen. Aus Sachsen sind mehrere solcher Anträge unterwegs.

Wenn ein solcher Weltkulturerbetitel zum ersten Mal in der Geschichte der UNESCO aberkannt würde, dann wäre das ein schwerer Schaden für den Kulturstaat Deutschland und auch für das Kulturland Sachsen. Darum geht es mir, und dafür müssen wir eine Lösung finden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, Schaden abzuwenden.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Dann machen Sie das doch!)

Es geht nicht darum, stur auf einer Lösung zu beharren, die Sie vertreten. Das ist meine Position. Ich bin sehr dafür, und ich fordere die Parteivorsitzende der CDU, Frau Merkel, oder den sich in Dresden sehr gut auskennenden Kanzleramtsminister de Maizière auf, in diesem Sinne zu wirken; denn sie könnten hier einwirken. Das Ganze ist nicht so sehr eine Sache der Bundesregierung. Sie könnten aber auf die sächsische Landesregierung oder das Regierungspräsidium einwirken, um doch noch eine andere Lösung zu ermöglichen, die beide Interessen berücksichtigt. Das halte ich für vernünftig!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Und der Volkswille wird missachtet! Das ist eine Demokratieauffassung, die sich gelohnt hat!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich gebe das Wort dem Kollegen Vaatz zu einer Kurz-intervention.

**Arnold Vaatz (CDU/CSU):**

Herr Kollege Thierse, ich will Ihrem Eigenlob bezüglich der Sachlichkeit Ihrer Rede nicht unbedingt widersprechen.

(Zuruf von der FDP: Ich würde schon widersprechen!)

Zumindest eines will ich aber richtigstellen: Ich meine, man müsste zwischen Kritik und Drohung differenzieren können. Wenn ich eine Entscheidung der UNESCO kritisiere und nach Möglichkeiten frage, wie man sich als betroffener Bürger gegen eine solche wenden kann, wenn man sie nicht für sachgerecht hält, dann halte ich das für eine demokratische, akzeptable und notwendige Haltung. Im Unterschied dazu ist das, was Sie sagen, eine Drohung. Ich weiß nicht, an welcher Stelle Sie von mir eine Drohung gegenüber der UNESCO gehört haben wollen.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Lesen Sie mal nach!)

– Bitte schön, ich bin von Herrn Thierse angegriffen worden. Mir ist das unterstellt worden, also darf ich das zurückwerfen. –

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Thierse, ich verwahre mich gegen die Unterstellung, ich hätte die Opfer von 1945 für die Waldschlösschenbrücke instrumentalisiert.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Aber das haben Sie gemacht!)

– Darf ich das bitte richtig stellen? – Ich habe lediglich feststellen wollen, dass es den Bürgern der Stadt Dresden – vom Ausgangspunkt 1945 gedacht – viel schwerer gefallen ist als den Bürgern mancher anderer Städte, dieses Stadtbild wieder herzustellen. Das habe ich erwähnen wollen, und das wird man wohl noch dürfen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Kollege Thierse, Sie haben uns der Parteipolitik bezichtigt. Die Gleichsetzung von Regierungspräsidium und CDU kam doch wohl von Ihnen. Habe ich mich da verhört, oder war das so?

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Verhört!)

Als Nächstes sage ich Ihnen: Ich verstehe nicht, wie Sie das Eintreten für die Umsetzung eines Mehrheitswillens als borniert bezeichnen können. Ich verstehe auch nicht, wie Sie sich außerdem in primitive Beschimpfungen flüchten können,

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Was sind das für Unterstellungen? – Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE]: Das tut er doch gar nicht!)

indem Sie das Regierungspräsidium in Dresden mit Vokabeln bedecken, die Ihrer nicht würdig sind.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Jetzt wird es peinlich!)

Zum Schluss frage ich Sie, was Sie eigentlich unter „einwirken“ verstehen. Ich verstehe nicht, auf wen Sie in Dresden einwirken wollen. Sie müssen doch die Frage beantworten, ob die Bundesregierung das Recht hat, einen Bürgerentscheid in Dresden zu kippen, der demokratisch zustande gekommen ist. Sie müssen schon die Frage beantworten, ob Sie das tun wollen oder nicht.

Ich möchte noch eines hinzufügen: Ihre Vorstellung von Kompromissen entbehrt jeder sachlichen Grundlage. – –

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Kollege, Kurzinterventionen sind zeitlich begrenzt. – Bevor Herr Thierse antworten kann, habe ich noch eine Kurzintervention des Kollegen Koppelin zu seinem Beitrag in der Hoffnung, dass es sich nicht um ein Vorziehen der nächsten Debatte handelt.

Bitte schön, Herr Koppelin.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das sollte man insgesamt der UNESCO schicken!)

**Jürgen Koppelin (FDP):**

Herr Kollege Thierse, ich war echt gespannt auf Ihren Beitrag, weil ich auch ein bisschen gehofft hatte, dass Sie versöhnliche Töne anklingen lassen und vielleicht die beiden Gegensätze zueinanderführen würden. Ich muss aber sagen, dass ich in Ihrem Redebeitrag weder eine Lösungsmöglichkeit gesehen habe – Sie haben keine angeboten – noch eine Meinung habe erkennen können. Deswegen tut mir Ihre Rede sehr leid. Sie sollten sie einfach noch einmal nachlesen. Bei einem so wichtigen Punkt sollte man hier nicht als Schulmeister auftreten, den anderen Noten geben und sich selber auf einen hohen Sockel stellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Herr Thierse, bitte schön.

**Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):**

Herr Koppelin, dass Ihnen meine Rede leidtut, kann ich nicht verhindern; sie ist gehalten.

(Jürgen Koppelin [FDP]: Sie tut mir trotzdem leid!)

Herr Kollege Vaatz, ich will Ihnen nur noch einmal eine einzige Frage stellen: Warum ist in Dresden nicht möglich, was in **Köln** möglich war?

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Weil eine Brücke und ein Hochhaus verschiedene Dinge sind!)

Auch in Köln ging es um die Gefährdung des Titels „Weltkulturerbe“. Es ging um eine entschlossene und auch wütende Bürgerschaft. Dann haben Bürgermeister, Stadtverwaltung, wahrscheinlich auch Regierungspräsidium, die beteiligten Parteien und vor allem das Land gesagt:

(Dr. Günter Krings [CDU/CSU]: Wir sind im Bundestag!)

Wir müssen sehen, wie wir eine vernünftige Lösung zustande bringen, die diesen Status nicht gefährdet und Deutschland als Vertragspartner nicht schädigt.

Warum soll dasselbe nicht auch in Dresden möglich sein, indem man zum Beispiel weiter miteinander redet, um eine Lösung zu finden? Es geht um Standort, Art und Größe der Brücke. Hier liegen die Kompromissmöglichkeiten. Wo sonst? Sie lehnen einen Kompromiss ab. Das haben Sie deutlich gesagt.

(Jan Mücke [FDP]: Lehnen Sie den Bürgerentscheid ab?)

Ich halte das für falsch, weil es uns in Deutschland insgesamt als Kulturstaat schadet. Das ist die Meinungsdifferenz zwischen uns beiden. Daran ist nichts zu beschönigen oder zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan Mücke [FDP]: Dann sind Bürgerentscheide egal!)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile Kollegin Göring-Eckardt, Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen, das Wort.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Iris Gleicke [SPD]: Sportliche Leistung!)

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich will nur sagen, dass es ausdrücklich nicht darum geht, Dynamik aus der Debatte zu nehmen.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben auch im Kulturausschuss schon über dieses Thema debattiert. Es ist schade, dass aus einigen Fraktionen die Mitglieder des Kulturausschusses heute nicht reden und dass auch der Vorsitzende nicht hier sein kann.

Bei jener Debatte waren wir uns der großen Bedeutung des kulturellen Erbes sehr bewusst. Darüber müssen wir in dieser kulturpolitischen Debatte auch noch einmal intensiv reden, unabhängig von Auseinandersetzungen auf kommunaler Ebene.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei jener Debatte ging es sehr stark darum, dass der **Schutz des kulturellen Erbes** – das ist ja weit mehr als die Frage, ob eine Brücke gebaut wird oder nicht – Vorrang vor angeblichen Sachzwängen haben soll, im Fall der Dresdner Waldschlösschenbrücke eben auch vor den Lobbyinteressen der Autoindustrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte im Übrigen dem Vorsitzenden des Kulturausschusses ausdrücklich dafür danken, dass er sich gegen den heftigen Widerstand von Teilen seiner eigenen Fraktion für eine konstruktive Moderation durch den Bund im Streit um die Waldschlösschenbrücke eingesetzt hat.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Weil er damit verzögert hat!)

Ich habe gehört, dass die FDP die Frage der Kultur zu einem ganz besonderen Schwerpunkt ihrer Politik machen will. Ich finde es vor diesem Hintergrund schade, dass hier nun in ganz anderer Art und Weise debattiert wurde, nämlich mehr über juristische Fragen und weniger über die kulturellen Fragen, die hiermit zusammenhängen.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Börnsen?

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr gerne.

**Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Göring-Eckardt, wir alle haben Verständnis für Ihre kulturpolitische Argumentation. In Ihren Ausführungen ging es ja auch um den Gesichtspunkt, was der Kulturlandschaft Deutschland nützt oder schadet. Finden Sie es da nicht ein wenig deplatziert – ich halte das sogar für höchst problematisch –, dass Sie in einer Nebenbemerkung sagten, es gehe dabei auch um die **Lobbyinteressen der Autoindustrie**? Sie unterstellen damit den 68 Prozent der Bürger, die, wohlwissend, was das bedeutet, für die Brücke votierten und damit ihren Willen darüber zum Ausdruck gebracht haben, was in Zukunft für Dresden gut und richtig ist, sie seien nichts anderes als die Speerspitze der Autolobbyisten. Hierbei handelte es sich um gutwillige Frauen und Männer, die, wohlwissend um die Problematik, ihre Stimme abgegeben haben. Was ist uns denn der Wille der Bürger überhaupt noch wert, wenn wir deren eigene mündige Entscheidung nicht akzeptieren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das aus Ihrem Mund! Ich lache mich tot!)

**Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Zunächst einmal ist festzuhalten, Herr Börnsen: Die Frage, um welche Lobbyinteressen es geht, ist ja in Dresden sehr ausführlich diskutiert worden. Dabei ging es auch um die angesprochene Lobby. Ich finde, man kann das an dieser Stelle auch einmal sagen. Nichtsdestoweniger hat die Stadtratsfraktion der Grünen, ähnlich wie die der Linken, unmittelbar nach der Abstimmung – das kann man nachlesen – im Stadtrat gesagt: Wir waren zwar gegen die Brücke, aber wir respektieren den Bürgerentscheid.

Ich selbst war zusammen mit anderen Mitgliedern des Kulturausschusses in Dresden und habe dort mit Gegnern und Befürwortern ein sehr engagiertes Gespräch geführt. Ich selbst habe dort sehr deutlich gesagt, dass der Wille der Bevölkerung, der im **Bürgerentscheid** zum Ausdruck kommt, respektiert werden muss. Ich werde darauf nachher noch einmal zurückkommen.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das ist doch unwahr, was Sie da gesagt haben! Das ist nicht Ihre Meinung!)

– Das ist nicht unwahr, sondern das habe ich dort gesagt, Herr Vaatz. Kommen Sie einmal wieder herunter. – Ich habe sehr deutlich gemacht, dass dieser Wille respektiert werden muss, aber zugleich bin ich überzeugt – da bin ich ganz anderer Meinung als Herr Mücke –, dass die Bürgerinnen und Bürger damals beim Bürgerentscheid nicht gewusst haben, was passieren würde, wenn diese Brücke tatsächlich gebaut würde. Das haben sie nicht gewusst.

(Beifall der Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE])

Da Sie, Herr Mücke, das Abstimmungsbuch an dieser Stelle noch einmal hochhalten, muss deutlich gesagt werden: In der Auseinandersetzung um die Frage, ob die Brücke gebaut werden kann oder nicht, ging es nicht darum, wie es sich mit dem UNESCO-Titel mit Brücke oder ohne Brücke verhält. Aus diesem Grunde sage ich Ihnen ganz klar: Diejenigen, die jetzt fordern, den Bürgerentscheid ernst zu nehmen, sollten auch zur Kenntnis nehmen, dass die Entwicklung weitergegangen ist und die UNESCO erst nach dem Bürgerentscheid gesagt hat, wenn die Brücke gebaut würde, dann müsste der Kulturerbetitel aberkannt werden. Diejenigen, die nun so viel Wert auf die Bürgermeinung legen, frage ich: Warum wird kein Bürgerentscheid auf der neuen Grundlage durchgeführt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Jan Mücke [FDP]: Wie viele denn noch?)

Die dann zum Ausdruck gebrachte Meinung der Bürgerinnen und Bürger würden wir alle ernst nehmen.

Warum debattieren wir heute eigentlich darüber? Aus dem einzigen Grund, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen werden könnte, der weit über Dresden hinaus wichtig und entscheidend ist. Unabhängig davon sollten sich diejenigen, die heute darüber lieber nicht gesprochen hätten, wenigstens darüber freuen, dass hier ein wenig Werbung für Dresden als Kulturerbestadt gemacht wurde, was sie hoffentlich auch bleiben wird.

Es geht nicht einfach nur darum, ob eine Brücke gebaut werden soll oder nicht, sondern es geht um die Frage, wie wir als Gesellschaft zu unserem kulturellen Erbe stehen. Das ist nicht irgendetwas. Wie viel Verantwortung übernehmen wir da, und wie fahrlässig hätten wir gehandelt, wenn dieser Titel aberkannt würde?

(Beifall der Abg. Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele Umfragen, auch Wirtschaftsumfragen und Tourismusumfragen, bringen zum Ausdruck, dass die Anerkennung des **Titels „Weltkulturerbe“** vielleicht gar nicht so eine große Wirkung habe; es sei nicht mehr als ein schöner Titel, den man an der Autobahn auf ein Schild aufbringen könne. Ich persönlich sehe das nicht so; aber ich weiß, dass es solche Analysen gibt. Wenn man die gleichen Leute aber fragt, was die Aberkennung des Titels „Weltkulturerbe“ bedeutet,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

dann wird deutlich, dass das eine völlig andere Qualität hat. Dann ist von der Tourismuswirtschaft, von Ansiedlungspolitik in Dresden die Rede. Wenn man mit Unternehmerinnen und Unternehmern spricht, die sich irgendwo ansiedeln wollen, gerade im Osten Deutschlands, dann spielen die weichen Standortfaktoren eine ganz entscheidende Rolle. Wie wollen Sie denen erklären, dass Dresden leider nicht mehr Weltkulturerbe ist, sondern dass dieser Titel wegen einer Brücke aberkannt worden ist? Ich glaube, da hören Sie deutschlandweit und auch international: Das ist verrückt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN – Jan Mücke [FDP]: Dummes Zeug!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt, dass man bei der Diskussion, die jetzt in Dresden und auch hier bei uns stattfindet – da bin ich ganz der Meinung meines Vorredners –, nicht einfach sagen kann, man wolle bei seiner Meinung bleiben. Herr Mücke, das finde ich so dramatisch an Ihrer Aussage über den Prozess, der stattgefunden hat. Sie sagen, da sei kein Kompromiss gefunden worden. Herr Mücke, haben Sie denn irgendeinen Kompromiss vorgeschlagen?

(Jan Mücke [FDP]: Gerade eben! – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Natürlich hat er das getan!)

Ist es wirklich ein Kompromiss, die Restaurierung des Schlosses als Ausgleichsmaßnahme anzubieten? Was hat das mit dem Gesamtbild zu tun?

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Es gibt keinen Kompromiss!)

Was hat das mit tatsächlicher Kompromissfindung zu tun, die über die Verkehrsfrage auf der einen Seite und die Frage des Weltkulturerbes auf der anderen Seite erfolgen muss? Man muss doch genau diese beiden Dinge zusammenbringen und darf nicht irgendetwas anderes ins Spiel bringen, bei dem es schön wäre, wenn es restauriert würde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man diese beiden Dinge zusammenbringen will, dann muss man über **Verkehrspolitik** und über andere Möglichkeiten reden. In Bezug darauf gibt es auch in Dresden eine ganze Menge Vorschläge.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Schlagen Sie doch einmal einen Kompromiss vor!)

Auf der anderen Seite muss man deutlich machen, wie wir dafür sorgen wollen, auch in einem Prozess gemeinsam mit der UNESCO, dass der Titel trotzdem erhalten bleibt. Im Gegensatz zu vielen, die Ihre Position vertreten, hat die UNESCO nämlich deutlich gemacht, dass sie kompromissbereit ist, dass sie bereit ist, daran zu arbeiten und darüber zu diskutieren.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Was? Bei welcher Gelegenheit?)

Deswegen bin ich sehr für einen entsprechenden Prozess gemeinsam mit der UNESCO.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Köln** hat gezeigt, dass es geht, dass man, wenn man sich an einen Tisch setzt und willens ist, tatsächlich zu einem Kompromiss kommen kann, ohne den Ruf der Stadt – der UNESCO-Titel ist nicht einfach nur ein schönes Anhängsel an das Stadtwappen – zu gefährden. Es geht hier um eine Kompromissfindung und nicht darum, aus ideologischen Gründen auf seiner Position zu beharren.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegin Marlies Volkmer, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(Vorsitz: Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt)

**Dr. Marlies Volkmer (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer das schöne Dresdner Elbtal kennt, der weiß, dass es richtig ist, dass es auf der Weltkulturerbeliste der UNESCO steht, und der weiß auch, dass man bei jedem Eingriff in diese Landschaft ganz sensibel vorgehen muss.

Wir brauchen hier eine **Verkehrslösung**, durch die das Elbtal nicht zerschnitten wird, sondern bei der diese schöne Landschaft erhalten bleibt. Eine solche Lösung ist auch mit der UNESCO voll kompatibel. Weil die politisch Verantwortlichen bisher keine solche Lösung gefunden haben, haben wir jetzt das Problem, dass ein Gericht angerufen worden ist. Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hat das Verfahren im November ausgesetzt und damit eine weise Entscheidung gefällt, weil so – Wolfgang Thierse hat schon darauf hingewiesen – keiner der Antragsgegner gewinnen konnte. Es wurde der Versuch eines Mediationsverfahrens unternommen. Im Ergebnis wird nun empfohlen, in einer moderierten **Perspektivenwerkstatt** eine Lösung zu erarbeiten, die sowohl den Belangen des Welterbes als auch dem stattgehabten Bürgerentscheid von 2004 gerecht wird.

Nun hat das Regierungspräsidium Dresden leider erklärt, das Mediationsverfahren sei gescheitert, und hat die Wiederaufnahme des ausgesetzten Verfahrens beantragt, übrigens gegen den Willen der Stadt Dresden, obwohl die Stadt Dresden ebenfalls den Bürgerwillen verkörpert. Die Stadt Dresden hat darauf hingewiesen, dass der **Freistaat Sachsen** mit seinem prozessualen Verhalten und dem Beharren auf dieser Lösung den Verlust des Welterbetitels in Kauf nimmt.

Die Bewerbung Dresdens als Welterbestätte wurde auch vom Freistaat Sachsen getragen. Damit hat Sachsen auch eine Verpflichtung übernommen. Es reicht nämlich nicht, sich nur mit solch einem Titel zu schmücken, sondern man hat auch entsprechende Verantwortung. Seither genießt das Dresdener Elbtal im Interesse der Menschheit internationalen Schutz auch vor unbilligen Eingriffen durch Sachsen.

Ich begrüße ganz ausdrücklich die Haltung meiner Fraktionskolleginnen und -kollegen im Ausschuss für Kultur und Medien. Sie haben bereits in der Ausschusssitzung im Januar erklärt, den Vorschlag für eine moderierte Perspektivenwerkstatt zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich appelliere an dieser Stelle an den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen: Engagieren Sie sich dafür, Herr Milbradt, den Ruf Sachsens als Land der kulturvollen Bürgerinnen und Bürger zu retten!

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sachsen ist führend in der Kulturförderung!)

– Ja, Sachsen ist führend in der Kultur. Deswegen kann sich Sachsen so etwas auch nicht leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bitte, Herr Milbradt, helfen Sie klarzumachen: Es gibt keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Verkehrsfluss und Welterbe.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Die UNESCO hat die Meinung vertreten und nicht die Bürger!)

Beteiligen Sie sich an der Problemlösung mit der Perspektivenwerkstatt! Es kann doch nicht sein, dass eine solche Kulturstadt wie Dresden der erste Ort wäre, dem ein solcher Welterbetitel wieder aberkannt werden würde.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das passiert auch nicht!)

Ich würde mich natürlich freuen – aber ich habe nach der heutigen Debatte keine Hoffnung –, dass sich Herr Vaatz diesem Appell anschließen könnte.

(Arnold Vaatz [CDU/CSU]: Das wäre ja noch schöner!)

Aber ich hoffe sehr und gehe davon aus, dass sich die Sächsische Staatsregierung ihrer Verantwortung bewusst wird und sich für eine einvernehmliche Lösung einsetzt.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Der Appell müsste an die UNESCO gerichtet werden!)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 16/4411 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu überweisen. – Dazu gibt es keine anderweitigen Vorschläge. Dann ist es so beschlossen.

Zusatzpunkt 16. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 16/4460 zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Bundespolitik soll im Streit um die Waldschlösschenbrücke vermitteln“. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 16/2499 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalition und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen angenommen.